

Chancen aufzeigen & Möglichkeiten geben – Eigenständige Jugendpolitik in Sachsen

Beschlossen auf der Kreisvorsitzendenkonferenz am 15. September 2016 in Dresden.

Grundlagen

Ist die Jugendzeit für die Elterngeneration im Rückblick eine Zeit von Freiheit und Sorglosigkeit, ist sie für die Jugendlichen selbst eine Epoche stetig neuer Herausforderungen und Möglichkeiten sowie der Suche nach dem eigenen Platz in der Gesellschaft. Wir erwerben die Grundlagen des sozialen Zusammenlebens, einen Bildungsabschluss und damit das Fundament unserer beruflichen und persönlichen Perspektive – kurzum werden in diesen Jahren die Weichen für eine selbstbestimmte und erfolgreiche Zukunft gestellt. Für eine gelingende Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu selbständigen Persönlichkeiten bedarf es wegen ihrer großen Bedeutung der gesellschaftlichen Unterstützung in Einklang mit weit gefassten Freiräumen, um eigene Lebensentwürfe und Werte zu entwickeln, sich auszuprobieren sowie eine eigene Identität zu finden. Die Junge Union Sachsen & Niederschlesien setzt sich dafür ein, diese Lebensphase stärker in den Fokus von Politik und Gesellschaft zu rücken.

Die Eigenständige Jugendpolitik ist hierbei ein Ansatz, der die Jugend als besonderen Lebensabschnitt ganzheitlich in den Blick nimmt. Die Jugendpolitik beschreibt ein Querschnittsthema, das alle Politikbereiche umfasst, die die Interessen junger Menschen berühren. Die Eigenständige Jugendpolitik hingegen präzisiert, dass die Jugend nicht in einzelne Phasen zu unterteilen und verschiedenen Ressorts zuzuordnen, sondern in ihrer Gänze wahrzunehmen ist. Die Jugendpolitik aus ihrem Randdasein der einzelnen Fachgebiete zu lösen und ihrer Bedeutung mehr Rechnung zu tragen, ist Ziel der Eigenständigen Jugendpolitik.

Wurde die Etablierung der Eigenständigen Jugendpolitik 2011 von der damaligen Bundesfamilienministerin Kristina Schröder eingeleitet, ist sie auch ein im sächsischen Koalitionsvertrag von CDU und SPD von 2014 gesetztes Ziel. Darin formulieren die Koalitionspartner den Willen, die Eigenständige Jugendpolitik weiterzuentwickeln und die Servicestelle für Kinder- und Jugendbeteiligung einzurichten, die sich derzeit im Aufbau befindet. Jugendparlamente werden hierbei explizit ins Auge gefasst. Jugendpolitik heißt schließlich nicht nur Politik für sondern genauso von Jugendlichen.

Beschränkt sich die Eigenständige Jugendpolitik definitorisch auf junge Menschen im Alter von 12 bis 27 Jahren, werden die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Jugendpolitik jedoch in weiten Teilen bereits in der Kindheit gelegt. Der Übergang von Kindheit und Jugend ist daneben in der Praxis oft fließend und kaum am Stichtag abzugrenzen, wie etwa im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe oder der schulischen Bildung. Dementsprechend beziehen wir auch die Kindheit in unsere Überlegungen und Positionen ein. Den Prozess der Stärkung der Eigenständigen Jugendpolitik voranzutreiben und an der inhaltlichen Ausgestaltung mitzuwirken, obliegt nicht zuletzt der jungen Generation. Die Junge Union Sachsen & Niederschlesien fordert bei der Weiterentwicklung einer geeigneten Jugendpolitik nachfolgende Aspekte zu berücksichtigen.

Teilhabe

Eltern tragen zuvorderst die Verantwortung für ein gelingendes Aufwachsen ihrer Kinder. Die Familie ist Ort der Sicherheit, der Fürsorge und der Orientierung. Sie ist Stabilisator der Gesellschaft und genießt den besonderen Schutz des Staates. Insbesondere dort, wo

familiäre Strukturen versagen, ist die Kinder und Jugendhilfe zentrales Element politischer Unterstützung, um jungen Menschen sehr unterschiedlicher Ausgangslagen gerechte und optimale Startbedingungen in ein selbstbestimmtes Leben zu gewähren. In Anbetracht der kontinuierlich steigenden Inanspruchnahme von Leistungen der Jugendhilfe muss das bisherige Maßnahmengefüge überprüft und weiterentwickelt werden.

Um Eltern dabei zu unterstützen, ihre Kinder zur Teilhabe zu befähigen, müssen

- der Wert und die Stärkung der Familie wieder ins Zentrum gerückt werden.
- der intergenerationelle Austausch gefördert werden.
- die Selbsthilfepotenziale von Familie und jungen Menschen wirksamer aktiviert und dazu die präventive Jugendhilfe ausgebaut werden, wie z.B.
 - *Frühe Hilfen,*
 - *die Hilfen zur Erziehung sowie*
 - *die Sensibilisierung und Kontaktaufnahme der Erzieher und Eltern bereits im Krippen und KiTa-Alter.*
- integrierte Sozialbindungen gestärkt werden (Ehrenamt, Vereine, Kirchen).
- Schulsozialarbeit zügig flächendeckend etabliert werden.
- die Angebote offener Jugendhilfe abgesichert werden.

Teilhabe bemisst sich daneben in der Möglichkeit, das eigene Lebensumfeld aktiv mitgestalten zu können. Vor allem mit Hinblick auf die demografische Entwicklung und Generationengerechtigkeit gewinnt die Jugendbeteiligung weiter an Bedeutung. Die Junge Union Sachsen & Niederschlesien begrüßt den im sächsischen Koalitionsvertrag ausgedrückten Willen, die Sächsische Gemeinde- und Landkreisordnung dahingehend zu ändern, dass Gremien der kommunalen Jugendbeteiligung etabliert werden sollen – nicht nur können. Die Möglichkeiten kommunaler Jugendbeteiligung sind vielfältig – von digitalen Jugendforen, Jugend(bei)räten über projektbezogene Beteiligungen bis hin zu Jugendparlamenten jeweils mit oder ohne Anhörungs- und Antragsrecht oder Budgetverantwortung. Die Junge Union Sachsen & Niederschlesien spricht sich gegen eine verordnete Form der Jugendbeteiligung aus. In der Vielfalt der Beteiligungsformen liegt der Vorteil, in den jeweiligen Kommunen passgenaue Beteiligungsgremien zu etablieren. Eine Absenkung des Wahlalters auf kommunaler Ebene und Landesebene lehnen wir allerdings ab.

Die zügige Umsetzung der kommunalen Jugendbeteiligung muss unter folgenden Prämissen erfolgen:

- Ortsangepasste Gremien der Jugendbeteiligung – keine einheitliche Festschreibung
- Koordinierung und Unterstützung bei der Etablierung der örtlichen Jugendbeteiligung durch die Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung
- Verpflichtender Jugendcheck bei allen kommunalen Entscheidungen
- Keine Absenkung des aktiven und passiven Wahlalters

Eine große Hürde der politischen Jugendbeteiligung bilden nicht allein fehlende Gremien sondern auch die Verständlichkeit politischer Prozesse und Entscheidungen. Die Vereinfachung des Zugangs zu Informationen und deren jugendgerechte Aufbereitung können das politische Interesse junger Menschen stärken. Die Verbesserung der Jugendinformationspolitik ist beispielsweise über jugendgerechte Beiträge im Amtsblatt,

Veranstaltungen, Planspiele und kommunale Bereitstellung von Unterrichtsmaterialien denkbar.

(Außer-) Schulische und berufliche Bildung

Das sächsische Schulsystem erringt seit Jahren kontinuierlich Spitzenplätze in den bundesweiten Bildungsvergleichen nicht zuletzt durch seine Beständigkeit und den Verzicht auf waghalsige Experimente auf Kosten der Schüler. Dennoch dürfen diese Erfolge nicht darüber hinwegtäuschen, dass Lehrpläne gesellschaftlichen und technischen Entwicklungen angepasst werden müssen.

In diesem Kontext sind Anpassungen vorzunehmen:

- Praxisnaher Unterricht – Fachwissen allein bereitet nicht auf das Leben vor
- Politische Bildung stärken und Extremismus vorbeugen
- Schulen als Orte der Diskussion über aktuelle gesellschaftliche und politische Debatten
- Bedarfsgerechter Einsatz moderner Medien im Unterricht
- Bildung muss zum kritischen Umgang mit Medien befähigen
- Medienkompetenzen fächerübergreifend stärken

Die Schule hat neben einem Bildungs- und Erziehungsauftrag auch die Aufgabe, junge Menschen beruflich auf das Leben vorzubereiten und individuelle Perspektiven aufzuzeigen. Die Berufsorientierung muss flächendeckend fester Bestandteil an sächsischen Schulen sein. In den bereits bestehenden Strukturen der Berufsorientierung muss gleichzeitig ein Paradigmenwechsel in der Wertschätzung der dualen Ausbildung gegenüber dem Studium eingeleitet werden. Seit Jahren haben Betriebe in Deutschland und insbesondere Sachsen mit Nachwuchsproblemen zu kämpfen, da geeignete Kandidaten sich vornehmlich für ein Studium entscheiden. Nicht erst gegen Ende der Schulzeit müssen die Vielfältigkeit, die Aufstiegschancen und Möglichkeiten der Ausbildungsberufe vermittelt und dabei auch die Unternehmen in die Pflicht genommen werden. Alarmierend sind daneben die Zahlen abgebrochener Ausbildungen und Studienabbrecher mit jeweils knapp 28 Prozent. Eine Umorientierung oder leistungsbezogenes Scheitern gehören zum Leben dazu, doch eine gezielte und frühzeitige Berufs- und Studienberatung können unnötige Irrwege vermindern.

Maßnahmen können sein:

- Qualitätssiegel für Schulen mit sehr guter Berufsorientierung bewerben und ausbauen
- Praktische Erfahrungen in Schulzeit ausweiten – Praktika und Unternehmensbesuche
- Netzwerk der regionalen Unternehmen und Schulen aufbauen, um junge Menschen in der Region halten zu können
- Praxisberater verstärkt an den Schulen einsetzen
- Berufseinstiegsberater etablieren – vor allem für Schüler, für die ein Schulabschluss unwahrscheinlich ist
- Kooperationen von Hochschulen und Gymnasien weiterentwickeln
- Maßnahmenvielfalt systematisieren und bündeln sowie den kontinuierlichen Ablauf sichern
- Koordinierungsstellen zur Berufsorientierung vereinheitlichen

Freizeit und Ehrenamt

Die Balance von Pflicht und Freiheit ist gerade in der Kinder- und Jugendzeit von hohem Wert. Neben schulischen Verpflichtungen ist der Erhalt zeitlicher und räumlicher Freiräume für Jugendliche wichtig. Die Minimierung von Wegezeiten und die damit verbundene Verbesserung der Mobilität sind gerade für junge Menschen im ländlichen Raum essentiell. Oft sind Sport- und Kulturaktivitäten oder Treffen mit Freunden aufgrund mangelnden ÖPNVs schwierig. Längere Wege bedeuten oftmals (Frei-) Zeitverlust. Auch die Jugendinfrastruktur und damit Rückzugsorte und Treffpunkte von Jugendlichen dürfen nicht weiter minimiert werden. Ein zeitgemäßes Angebot der Freizeitgestaltung ist auch im ländlichen Raum zu erhalten.

Der persönliche Lebensweg und das spätere berufliche Umfeld enden nur noch selten an der eigenen Ländergrenze. Wirtschaftliche, kulturelle und infrastrukturelle Interessen über Grenzen hinweg werden weiterhin an Bedeutung gewinnen und mit ihnen die internationale Jugendarbeit. Das Verständnis für vermeintlich Fremdes und die Fähigkeit sich auf andere einzustellen sowie soziale und kulturelle Kompetenz werden in der globalisierten Welt immer wichtiger, da die Internationalisierung aller Lebensbereiche heute gesellschaftliche Realität ist. Das Kennenlernen anderer Kulturen und Sprachen, von Menschen anderer Sichtweisen und Prägung sind ein unschätzbare Wert für die persönliche Entwicklung junger Menschen. Der internationale, hier besonders europäische Jugendaustausch muss demgemäß elementarer Bestandteil der Jugendarbeit sein und muss vor allem in Schulen aktiver beworben und breiter angelegt werden.

Wie die Shell-Jugendstudie 2015 zeigt, wollen Jugendliche immer mehr Verantwortung übernehmen und sich sozial engagieren. Diese Bereitschaft muss einfacher durch den Freistaat unterstützt und die Hürden der Ehrenamtsförderung gerade für Jugendliche gesenkt werden. Die Ehrenamtskarte kann beispielsweise erst ab dem 16. Lebensjahr sowie nach einem Jahr Engagement beantragt werden und die Förderrichtlinie „Wir für Sachsen“ setzt einen monatlichen Einsatz von 20 Stunden voraus. Vielmehr sollten junge Ehrenamtliche durch niedrigschwellige Fördermöglichkeiten in ihrem Engagement unterstützt werden, wie beispielsweise unbürokratische Fahrtkostenabrechnungen oder Unterstützung für Mikroprojekte. Daneben bilden die Freiwilligendienste eine großartige Gelegenheit, sich in verschiedensten Bereichen ehrenamtlich einzubringen, sich auszuprobieren und beruflich zu orientieren. Wie die Freiwilligendienste sind auch die Jugendfeuerwehren und THW-Jugend wichtige Institutionen, die das Gemeinwohl stärken und unverzichtbarer Teil der Gesellschaft sind. Der Freistaat Sachsen muss diese Angebote weiterhin angemessen finanziell unterstützen.